

Während die SPÖ in der Bundesregierung für Entlastungen kämpft:

Ist das Leben in Niederösterreich noch leistbar?

Bei der Regierungsklausur im vergangenen September hat sich die SPÖ mit mehreren Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung durchgesetzt. Unter anderem wurde die Deckelung für Richtwert- und Kategoriemieten beschlossen, die 2026 um höchstens 1 Prozent, 2027 um maximal 2 Prozent angehoben werden dürfen.

Und erstmals in der Geschichte der 2. Republik wurden gemeinsame Regeln für die Wertanpassung bei freien Mieten (damit auch für Mieten von Ein- und Zweifamilienhäusern) festgelegt. Willkürliche Mieterhöhungen sind jetzt nicht mehr möglich.

Vizekanzler Andi Babler und Finanzminister Markus Marterbauer haben auch den Kampf gegen die Inflation aufgenommen. Das Ziel ist, die Preisspirale bis Jahresende zu durchbrechen, wozu unter anderem auch Maßnahmen gegen die "Shrinkflation" (weniger Inhalt, gleicher Preis) in den Supermärkten gesetzt und verstärkte Kontrollen gegen irreführende Rabatte und Preisangaben angeordnet werden.

Das neue Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) legt erstmals das öffentliche Interesse bei der Preisgestaltung gesetzlich fest: Energieversorger sind künftig verpflichtet, Unternehmen und Haushalten kostengünstigen Strom zur Verfügung zu stellen und Preissenkungen an die Kunden weiterzugeben.

Zur Konjunkturbelebung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen stellt die Bundesregierung auf Initiative von Finanzminister Marterbauer 1 Milliarde Euro bereit und verdoppelt den Investitionsfreibetrag für Unternehmen. Ergänzend dazu wurde eine effiziente Entbürokratisierung und eine Beschleunigung von behördlichen Verfahren beschlossen.

Doch nicht alles, was auf Bundesebene endlich richtig gemacht wird, kommt in Niederösterreich an ...

Stagnation in Niederösterreich

Vor der Landtagswahl 2023 haben ÖVP und FPÖ viel versprochen, aber jetzt, nach zwei Jahren, ist deutlich geworden, dass die Landesregierung unter Johanna Mikl-Leitner und Udo Landbauer nie einen Plan hatte. Die Folgen: Drastisch gesunkene Wirtschaftsleistung, Sozialabbau, ein horrendes Budgetdefizit und eine Politik, die weder vor, noch zurück kann.

Die schmerzlichsten Problembereiche in Niederösterreich sind Wohnen, Energie und Mobilität. Monat für Monat sind die Kosten für Miete, Energie und Mobilität gestiegen und während die Bundesregierung und andere Bundesländer Entlastungen schaffen, werden in NÖ Unterstützungen gestrichen:

Das Schulstartgeld für über 80.000 Kinder wurde ersatzlos abgeschafft, der geförderte Wohnbau fast völlig eingestellt, in den Landeskliniken fehlen Ärzte und Pflegepersonal, der öffentliche Verkehr wurde kaputtgespart und die Mittel für die Gemeinden wurden in erschreckendem Ausmaß gekürzt.

Unverständlicherweise lassen ÖVP und FPÖ zu, dass die Übergewinne der EVN (die sich zu 51 % im Besitz des Landes NÖ befindet) an die Aktionäre ausgeschüttet wird, anstatt der Bevölkerung günstigere Energiepreise zu bieten.

Und obwohl sich der Arbeitsmarkt in NÖ auf einem historischen Tiefstand befindet, hat Schwarz-Blau noch immer kein Konzept und scheinbar auch nicht den Willen, endlich gegenzusteuern: Rund 44.000

Menschen sind arbeitslos, vor allem ältere Arbeitnehmer*innen und Jugendliche. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte in Pflege und Bildung.

Die Industrieproduktion in NÖ ist seit 2023 um fast 10 Prozent zurückgegangen - weit mehr als im Bundes- oder EU-Durchschnitt. Die Mehrzahl der Schulen in NÖ ist renovierungsbedürftig, der Ausbau der Kinderbetreuung geht nicht voran und bei der Energiewende liegt NÖ im europäischen Vergleich beschämend weit hinten.

Die schwarz-blaue Landesregierung wälzt immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden ab, ohne die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Folgen sind Gebührenerhöhungen, der Verzicht auch auf wichtige Sanierungsprojekte und auf lange Sicht aufgeschobene Investitionen.

Zu diesen und anderen Problemstellen hat die SPÖ Niederösterreich mehrmals Konzepte für Lösungen und Verbesserungen im Landtag eingebracht und macht immer wieder auf die prekäre Situation der Niederösterreicher*innen und in den Gemeinden aufmerksam - aber trotz aller Warnungen können oder wollen sich ÖVP und FPÖ nicht aus ihrer Starre lösen ...

- sal

**GEMEINSAM
AUF KURS**
DAS SPÖ-REGIERUNGSTEAM
AUF ÖSTERREICH-TOUR
www.spoe.at/oesterreich-tour

Arbeitstreffen der Hollabrunner Sozialdemokraten

SPÖ Bezirkswandertag in Großstelzendorf

Die Bezirkswandertage der SPÖ Niederösterreich sind nicht das, was man vermuten möchte. Zwar wird tatsächlich eine kurze Wanderung um den jeweiligen Veranstaltungsort unternommen, doch der eigentliche Zweck ist der Informationsaustausch und das persönliche Gespräch zwischen den Parteifunktionären aller Ebenen - hier treffen sich also Bundesminister, Nationalratsabgeordnete, Staatssekretäre, Landesräte, Bürgermeister und Funktionsträger verschiedenster Aufgabenbereiche.



(V.l.n.r.): Elvira Schmidt, Peter Frühberger, Sven Hergovich und Rudolf Silvan.

Bürgermeister Peter Frühberger hatte dabei wieder Gelegenheit mit Landesrat Sven Hergovich, dem Vorsitzenden der SPÖ Niederösterreich, sowie Elvira Schmidt, der 3. Landtagspräsidentin, und Rudolf Silvan, Abgeordneter zum Nationalrat, eingehend über die Probleme der Gemeinden zu beratschlagen.



Eva-Maria Holzleitner (li.) und Peter Frühberger.

Eine besonders prominente Teilnehmerin war Eva-Maria Holzleitner, unsere Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, die Peter Frühberger über die Pläne der Regierung zur Stärkung der Frauenrechte informierte.

Ein Fixtermin für unseren Bürgermeister war natürlich ein ausführliches Gespräch mit Ulrike Königsberger-Ludwig, unserer Staatssekretärin im Gesundheitsministerium.



Ulrike Königsberger-Ludwig (li.) und Peter Frühberger.

So hatte der diesjährige Bezirkswandertag auch diesmal den Effekt, dass unsere Gemeinde noch besser mit der Landes- und Bundesebene vernetzt wird.

Windelrucksack für Leonie

Die süße Leonie hat Patricia Bauers und Dominik Arnbergers Wunsch erfüllt und sie zu glücklichen Eltern gemacht!

Zu dem freudigen Ereignis gratulierten Bürgermeister Peter Frühberger und die Gemeinderäte Jochen Huber und Matthias Seidl sehr herzlich und überbrachten sowohl den Windelrucksack der SPÖ Seefeld-Kadolz als auch die besten Wünsche für die kleine Leonie.



Bgm. Peter Frühberger, Patricia Bauer, Leonie und Dominik Arnberger, GfGR Matthias Seidl, GfGR Jochen Huber.